

Dokumentation des Tagessymposiums

Solidarität statt Hilfe?

Zur Krise und den Perspektiven solidarischen Handelns

20. Mai 2005, anlässlich der Gründung
der Stiftung medico international

Beiträge von:
Thomas Gebauer
Satyanarayan Sivaraman
Prof. Dr. Hauke Brunkhorst
(weitere Beiträge auf der Hör-CD zum Symposium)

Stiftung
medico international

Burgstraße 106
60389 Frankfurt
Tel. 069 94 43 80
Fax 069 43 60 02
www.stiftung-medico.de

Flutbilder, Bilderflut

Zur Rolle der Hilfe im transnationalen Raum der Globalisierung

Von Thomas Gebauer

Einleitung

Erwarten Sie bitte keinen bündigen Vortrag, das werden später andere zu leisten haben. Ich werde mich mit einigen Schlaglichtern auf die Rolle von Hilfe heute begnügen. Wenn es dabei hier und da polemisch zugehen sollte, dann ist das durchaus gewollt. Betrachten Sie das Ganze als ein Warm-up für die spätere Debatte.

Das Seebeben, das Ende letzten Jahres die Küsten am Indischen Ozean verwüstete, beherrschte über Wochen hinweg die Öffentlichkeit und hat eine bis dahin ungeahnte Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Darin sind ohne Frage Anzeichen einer wachsenden globalen Verantwortung auszumachen. Hilfsorganisationen, die für Solidarität und soziale Gerechtigkeit eintreten, sollten sich über eine solche Entwicklung eigentlich nur freuen. Und dennoch mischt sich in die Freude auch Unbehagen.

Denn in der Hilfe für die Opfer der Flut kamen nicht nur Solidarität und Mitgefühl zum Ausdruck, sondern auch vielfältige eigennützige Interessen. Unverkennbar ging es auch um Business und Machtpolitik, um Marketing und Legitimation, ja sogar um militärischen Nutzen und Ausschluss. Angesichts solcher Ambivalenzen kann die Freude nicht ungetrübt sein.

Ganz offenbar ist Hilfe zweischneidig. Ihren Zweideutigkeiten nachzuforschen, ist schon deshalb notwendig, um die drohende Untergrabung von Hilfsbereitschaft zu verhindern und Hilfe gegen den Versuch ihrer Instrumentalisierung zu verteidigen.

I. Lissabon

Die Art, wie Menschen auf Katastrophen reagieren, hängt zuallererst von ihrem Verständnis solcher Schicksalsschläge, solchen Unglücks ab.

Bekanntlich hat es im Laufe der Geschichte immer Katastrophen gegeben. Nicht das Unglück ist neu, wohl aber veränderten sich mit der Zeit seine Deutungen. Ging es in der Vorstellung der Sintflut noch um eine göttlich auferlegte Buße für menschliche Schuld, also um eine theologische Deutung, rückt mit der europäischen Aufklärung die Verantwortlichkeit der Menschen selbst in den Vordergrund. Anlässlich des Erdbebens von Lissabon, das sich in diesem Jahr zum 250. Mal jähren wird, schrieb Rousseau in einem *Brief über die Vorsehung*:

Gestehn Sie mir, dass nicht die Natur zwanzigtausend Häuser von sechs bis sieben Stockwerken zusammengebaut hatte, und dass, wenn die Einwohner dieser großen Stadt gleichmäßiger zerstreut und leichter beherbergt gewesen wären, so würde die Verheerung weit geringer, und vielleicht gar nicht geschehen sein.

Katastrophen, so ihre Deutung durch die Aufklärung, sind nicht Ausdruck göttlicher Vorsehung, sondern in dem Maße von Menschen gemacht, wie es die Menschen noch nicht vermocht haben, mit der Natur leben zu lernen.

Fraglos bedeutete das Erdbeben von Lissabon vom 1. November 1755, das übrigens auch von einem Tsunami begleitet war, eine kulturgeschichtliche Zäsur. Die plötzliche Zerstörung einer der blühendsten Städte Europas, bei

der 30.000 Menschen den Tod fanden, führte zur Revision des bis dahin herrschenden Weltbildes. Mit einem Mal war das optimistische Lebensgefühl, das historisch gesehen gerade erst populär geworden war, in Frage gestellt. Auf den Trümmern Lissabons entbrannte eine bemerkenswerte öffentliche Auseinandersetzung über den Zustand der Welt. Rousseau, Goethe, Kant, Kleist – alle kommentierten das Ereignis. Auch Voltaire empörte sich über eine Welt, die mehr mit der Rechtfertigung ihrer Verhältnisse beschäftigt war, als dass sie den Menschen gerecht werden wollte.

In seinem *Poème sur le Désastre de Lisbonne* geißelte Voltaire die von Leibniz beschriebene selbstzufriedene Überzeugung, dass alles gut sei und die existierende Welt notwendig die beste aller möglichen Welten:

»Alles ist gut, sagt ihr, und alles ist notwendig.

Was? Die Welt im Ganzen, ohne den Höllenschlund,

Der Lissabon verschlang, wäre weniger gut gewesen?»

Das Erdbeben von Lissabon trug wesentlich zur Konstitution des modernen Europa bei. Die aufgeklärten Gesellschaften begannen sich in einer Welt einzurichten, in der Katastrophen nicht mehr im Kontext von Sünde und Schuld verstanden wurden, sondern als Risiken, mit denen man sich zu arrangieren hatte. Der katastrophale Anteil der Wirklichkeit wurde sozusagen konstant gesetzt, um gleichzeitig nach Möglichkeiten zu forschen, wie Katastrophen kontrolliert und in ihren Auswirkungen beeinflusst werden können. An die Stelle religiöser Deutungen trat die Naturkunde; statt um Fürbitten und Opfer ging es fortan um Wissenschaften wie Geologie und Seismologie.

Keine Angst, ich will Sie hier nicht mit einem Grundkurs über das Katastrophenverständnis der europäischen Aufklärung traktieren. Der Grund, warum ich das ausgeführt habe, ist einfach: Während des Seebebens ist das moderne Katastrophenverständnis ganz schön unter die Räder gekommen. Postmodern ging es zu. Neben wissenschaftlichen Erklärungsversuchen wurden wieder religiöse Deutungen vorgetragen und geisterten Berichte von Vorsehung und Schuld herum.

Der deutsche Außenminister beispielsweise sprach von Demut. In den Medien wurden immer wieder Beispiele wundersamer Rettungen präsentiert. Das ZDF beseelte die Flutwelle zur »Mörderwelle«, ohne sich dabei bewusst gewesen zu sein, dass Mord eigentlich Vorsatz, zumindest aber einen Täter voraussetzen würde. Den Gipfel leistete sich die Bild-Zeitung mit dem Titel: »Terrorangriff der Natur – Will die Erde uns loswerden?«

Man sollte solche Blüten nicht vorschnell als Unsinn abtun. Einerseits ging es den Medien natürlich um die Quote bzw. die Auflage, und mit der Angst und dem Unbegreiflichen lässt sich ja bekanntlich gutes Geschäft machen. Andererseits verweist die Mischung aus religiöser Rhetorik und öffentlicher Mobilmachung darauf, dass auch hierzulande die Lektion aus dem amerikanischen Wahlkampf gelernt wurde.

Der Bezug zum Terrorismus macht deutlich, dass offenbar auch die Natur aus der Perspektive eines dualistischen Weltbildes betrachtet wird, das keinen Zweifel, keine Nuancen mehr kennt, sondern nur noch die Unterscheidung in Gut und Böse. Man ist entweder Teil der guten, aber durch feindliche Mächte bedrohten Menschheit, oder Teil der dunklen Bösen, in diesem Fall der Natur, die außer Kontrolle geraten ist und offenbar in wilder Ehe mit Bin Laden lebt. Statt die Katastrophe in ihrer Komplexität zu begreifen, wird durch religiös-fundamentalistische Deutungen das Denken vereinfacht, ja sogar verhindert. Nicht mehr die kritische Erörterung von Fragen der Ökologie, beispielsweise die problema-

tischen Folgen der Abholzung von Mangrovenwäldern im Zuge der Tourismusentwicklung, stehen dann auf der Tagesordnung, sondern die Furcht vor weiteren »Angriffen der Natur«, denen schließlich nur durch weitere Eingriffe in die Umwelt begegnet werden kann. Derart erweist sich gerade die Dämonisierung der Natur als wunderbare Möglichkeit, alle jene in ihrem Verhalten zu rechtfertigen, die auf die vollständige und schonungslose Inwertsetzung aller natürlicher Ressourcen aus sind.

Wem eine solche Interpretation zu abenteuerlich erscheint, dem will ich gerne noch einen Beleg geben. Wenige Tage nach dem Seebeben verkündete die Präsidentin Sri Lankas allen Ernstes, dass die Flutkatastrophe eine Strafe dafür sei, dass die srilankische Gesellschaft die Ressourcen des Landes nicht schonungslos genug ausgebeutet habe. Das nun soll – wie wir noch sehen werden – umfangreich nachgeholt werden.

Wie in der theologischen Deutung von Katastrophen, geht es also erneut um Strafe, diesmal allerdings in einem völlig neuen Kontext. Nicht göttliche Vorsehung und Sühne ist mehr im Spiel, sondern jener global entfesselte Kapitalismus, von dem seine Apologeten in selbstzufriedenem Optimismus bekanntlich sagen, dass er die beste aller möglichen Welten geschaffen habe. Alles deutet darauf hin, dass die überwunden geglaubte Religion auf breiter Front zurückkehrt. Sie offenbart sich nicht nur in einem zunehmenden Fundamentalismus, sondern auch und gerade in der Gestalt des siegreichen Kapitalismus selbst. Walter Benjamin hat dies Anfang der 1920er Jahre in seiner großartigen Studie »Kapitalismus als Religion« bereits beschrieben. Der Kapitalismus, so Benjamin, sei eine dogmen- und theologiefreie »reine Kultreligion, vielleicht die extremste, die es je gegeben hat.« Sie sei auf Dauer angelegt und stelle den »vermutlich ersten Fall eines nicht entschuldigenden, sondern verschuldenden Kultus« dar. Die Konsequenz, die Benjamin an späterer Stelle zieht, ist erheblich: denn wenn es in der herrschenden Ordnung nicht mehr

um die Sühne für Schuld, sondern um deren Legitimation geht, dann bedeuten Katastrophen nicht mehr eine Unterbrechung der Geschichte, sondern werden deren Regel.

Nicht wenige hatten sich Anfang des Jahres erhofft, das Seebeben in Südasien könne auf ähnliche Weise den herrschenden Diskurs erschüttern, wie dies das Erdbeben von Lissabon getan hat. Aber schon die Art, wie das Seebeben von einem Tag auf den anderen aus den Schlagzeilen verschwunden ist und dem vorübergehend unklaren Schicksal von Daisy, dem Hund des ermordeten Münchner Modemachers Moshammer, Platz machte, ließ die Zweifel wachsen. Es sieht ganz danach aus, dass die Art, wie das Seebeben in Südasien von großen Teilen der Gesellschaft verarbeitet wurde, genau jene unheilvolle Entwicklung vorantreibt, die immer mehr Menschen dem Elend und der Schutzlosigkeit vor Katastrophen preisgibt.

II. Kleiderberge

Wenn aber Katastrophen mit terroristischen Bedrohungen gleichgesetzt werden, dann sollte es nicht verwundern, wenn auch die Hilfe den Charakter einer militärischen Invasion bekommt.

Vielleicht ist es Ihnen aufgefallen, wie heute in den Medien über die Hilfe berichtet wird. Da sieht man Helfer, die sich mit eindrucksvollem Gerät auf den Weg machen, sich Zugang in ein Katastrophengebiet verschaffen, Helfer, die Journalisten die Lage erläutern, sich mit bürokratischen Apparaten herumschlagen. Helfer, denen Politiker ihre Aufwartung machen, die Opfer von Übergriffen werden und sich aus einem Einsatzgebiet wieder zurückziehen müssen. Helfer schließlich, die als die wahren und manchmal tragischen Helden in Talkshows und Benefizveranstaltungen gefeiert werden.

Die Opfer von Katastrophen erscheinen dagegen meist als eine hilflos zusammengekauerte Masse menschlichen Unglücks, als Hintergrund für Spenden-sammlungen, möglichst dramatisch ins

Bild gesetzt. Der Slogan, mit dem ein deutsches Spendenbündnis im letzten Jahr auf Werbung ging, lag da ganz im Trend: »Retter gesucht«, hieß es lapidar, wo früher mit kritischem Unterton wenigstens noch gestanden hätte: Rettung gesucht! Und vor allem – für wen!

Um keine Zweifel entstehen zu lassen: Es liegt mir fern, die Hilfe und die Helfer als solche verächtlich zu machen. In vielen Notsituationen gibt es keine Alternative zu unmittelbarer humanitärer Nothilfe oder zur Entsendung beispielsweise von Ärzten. Aber gerade weil das so ist, müssen Hilfsorganisationen sicherstellen, dass sie nicht am Ende nur neue Abhängigkeiten schaffen, statt die Wiedererlangung von Selbständigkeit zu fördern.

In den 1950er-60er Jahren untersuchte die amerikanische *Akademie der Wissenschaften* systematisch das Geschehen rund um plötzlich eintretende Katastrophen. Sie fand heraus, dass sich aus dem Kreis der Überlebenden von Katastrophen schon in der Impact-Phase, also dem Moment des Unglücks selbst, sog. Ad-hoc-Führungspersonlichkeiten hervortun, die maßgeblich die nachfolgenden Phasen, die Phase der Inventur (Wie ist Hilfe möglich? Wo sind Angehörige und Freunde?) sowie die Phase der Rettung (Was ist zu tun?) gestalten. Höchst selten verharrten die Betroffenen in Schockhaltung oder Panik, sondern waren in erstaunlicher Weise unternehmungsfreudig.

Das war auch in Südasien der Fall, wo in den ersten beiden Wochen nach der Flutkatastrophe die Menschen auf bemerkenswerte Weise zueinander standen und sich in Nachbarschaftshilfe aktiv daran machten, die Schäden zu beseitigen. Erst durch die Invasion der Helfer wurden sie zu den Opfern, zu denen sie die hiesigen Medien zuvor schon gemacht hatten. Weil sich herumsprach, dass irgendwo Kleider und Nahrungsmittel verteilt wurden, verließen die Menschen ihre selbstbestimmten Wiederaufbaumühnungen und stellten sich in die Schlange der passiv Wartenden.

Leider werden solche Einsichten sowohl von Politikern als auch Journalisten und nicht zuletzt auch von vielen Hilfsorganisationen immer wieder souverän missachtet. Statt die lokalen Selbsthilfekapazitäten zu fördern, werden diese nicht selten durch eine von außen übergestülpte Hilfe gebremst bzw. gelähmt.

III. Mickey Mouse

Seriöse Organisationen plädieren seit langem für eine Hilfe, die sich an den Bedürfnissen und den Rechten notleidender Menschen orientiert, statt immer mehr zum Selbstzweck zu verkommen. Es ist nicht überliefert, ob sich in den Tüten, die der Außenminister Anfang des Jahres den Kindern im islamischen Aceh überreicht hat, tatsächlich Beispiele der großen kulturellen Errenschaften der westlichen Wertegemeinschaft befunden haben. Es mehren sich aber die Anzeichen, dass viele der Gönner, die sich in der Hilfe für die Opfer des Seebebens hervorgetan haben, allerdings handfeste eigennützige Interessen verfolgen und alles daransetzen, aus der Katastrophe möglichst viel Kapital zu schlagen.

Das indonesische Militär beispielsweise nutzte die Gelegenheit zu strategisch bedeutsamen Zwangsumsiedlungen. Die USA versuchten, ihr ramponiertes Image aufzupolieren und dabei zugleich China geostrategisch in Schach zu halten. Spekulanten in Indien und Sri Lanka wollen nun verhindern, dass die Fischer in die für den Tourismus interessanten Küstenregionen zurückkehren. Bürgermeister sehen in Hilfsprojekten eine willkommene PR-Aktion für die eigene Wiederwahl. Hilfswerke buhlten um den Zugang zu den Medien. Unternehmen präsentierten sich werbewirksam als Wohltäter (obwohl die 10 Mio. €, die beispielsweise die Deutsche Bank im ZDF übergab, weniger als die sprichwörtlichen »peanuts« waren und schon gar nichts im Vergleich zu den Steuererleichterungen, die den Unternehmen in den letzten Jahren geschenkt worden waren). Das Außenministerium nutzte die Gelegenheit, um seinem Anspruch auf Übernahme des Entwicklungshil-

feministeriums Nachdruck zu verleihen. Und die Bundesregierung zeigte sich auch deshalb so spendabel, um Deutschland für einen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu empfehlen.

Besonders augenfällig zeigt sich der Missbrauch der Wiederaufbauhilfe in Sri Lanka. Dort sieht die Regierung die Katastrophe als willkommene Gelegenheit, ein lange gehegtes ökonomisches Modernisierungsprojekt durchsetzen zu können. Mit allen Mitteln soll die heimische Wirtschaft nun an die globalen Märkte angeschlossen werden. Geplant ist der Bau einer küstennahen Autobahn und der Bau von Tiefseehäfen, um eine kapitalintensive Hochseefischerei zu ermöglichen und die exportorientierte Plantagenwirtschaft zu fördern. Die Kleinfischer, die gerade alles Hab und Gut verloren haben, stören solche Projekte. Mit der Begründung, man wolle die Menschen vor weiteren Katastrophen schützen, wurden rasch küstennahe Bauverbote erlassen. Sie sollen nun umgesiedelt werden – angeblich, um sie vor weiteren Katastrophen zu schützen. Und so entstehen für die Fischer fernab der Küsten und finanziert aus internationaler Hilfe neue Siedlungen, während die großen Hotels von den Bauverböten ausgenommen wurden.

Unversehens finden sich die Helfer in jener Rolle wieder, die in den Zeiten des Kolonialismus den Missionaren zugefallen war. Nur geht es heute nicht mehr um die ideologische Absicherung kolonialer Eroberungen, sondern um die Mithilfe bei der Globalisierung eines Wirtschaftsmodells, das Mensch und Natur nur aus dem Blickwinkel ihrer möglichst profitablen Verwertung betrachtet.

IV. Hubschrauber

Wenn heute von Hilfe die Rede ist, geht es kaum noch um die nachhaltige Überwindung von Not und Unmündigkeit, sondern meist nur noch um das Abfedern jener Schäden, die eine aufwachsende Ungleichheit und Spaltung gründende Weltordnung unerbittlich und tagtäglich produziert. Das gilt auch für

den Umgang mit Naturkatastrophen, die immer aus zwei Teilen bestehen: dem Ereignis (die Flut, das Erdbeben, etc.) auf der einen Seite und der Verletzbarkeit der Menschen auf der anderen. Das Ereignis selbst mag unvermeidbar sein, der mangelnde Schutz aber ließe sich aufheben. Auf Hawaii haben Tsunamis ihren Schrecken verloren und auch die alljährlich über Florida hinwegfegenden Hurrikans hinterlassen keine nachhaltigen Schäden mehr. Frühwarnsysteme, Versicherungen und Rücklagenbildung, rechtzeitige Evakuierungen und staatliche Beihilfen geben Schutz selbst noch in der größten Not. Auf solche Sicherungen können die Bewohner Sri Lankas oder Indonesiens nicht zurückgreifen. Treten dort Katastrophen ein, müssen noch immer Trinkwasseraufbereitungsanlagen umständlich und teuer eingeflogen werden.

Der lange Zeit hoch im Kurs stehende Grundsatz: »Gib dem Hungernden einen Fisch, und er ist einen Tag satt; lehre ihn fischen, und er wird immer satt sein«, wirkt heute merkwürdig angestaubt. Wer im Angesicht eines hungernden Kindes nach den Ursachen des Hungers fragt, gilt in den Augen der Öffentlichkeit wenig glaubwürdig. Die heutigen Helfer halten sich nicht erst lange mit den Hintergründen einer Krise auf. Wo früher die Vorstellung einer anderen Welt zum Handeln motivierte, herrscht heute ein unpolitischer Pragmatismus, der sich nicht einmischen, keine Partei ergreifen will. Daraus erklärt sich auch der Bedeutungszuwachs der humanitären Hilfe gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit. Hilfe wird immer mehr aus ihrem sozialen Kontext herausgelöst und von technischen Erfordernissen überlagert. Effiziente Versorgungswege sind gefragt, leistungsfähige Abwicklungskapazitäten, eben Helfer, die nicht erst lange nach Ursachen und Hintergründen forschen, sondern unmittelbar zupacken.

Für die Vorstellung, die große Teile der Öffentlichkeit von einer glaubwürdigen Hilfe hat, steht emblematisch das Bild des weißen Hubschrauberpiloten, der vor einigen Jahren, als Mosambik von einer katastrophalen Überschwemmung

heimgesucht wurde, ein neugeborenes schwarzes Baby aus einem umfluteten Baum rettete. Genau dieses Bild symbolisiert die von außen einschwebende und meist gleich wieder verschwindende Hilfe. In ihr scheint es keinen Kontext mehr zu geben und so auch keine Gesellschaftlichkeit. Die Möglichkeit der Rettung des Einzelnen versöhnt mit der katastrophalen Entwicklung der Welt, die so sehr der Rettung bedürfte. Die Erkenntnis, dass die Welt in Reiche und Arme, Mächtige und Ohnmächtige gespalten ist, ruft Empörung hervor und gibt Anlass zu Kritik. Dagegen wirkt eine Welt, die nur noch Helfer und Hilfsbedürftige kennt, weniger anrühlich, fast schon beruhigend.

Auch die Funktion der Bilder ist übrigens zweischneidig: »Wir brauchen die Bilder von den Katastrophen, weil sonst unser Geiz noch geller wäre, unser Herz noch leerer«, schrieb Georg Seeßlen kürzlich im *Spiegel* und fügte hinzu, dass »die Barmherzigkeit mit eben der Unbarmherzigkeit der Bilder erkaufte wird und das Unglück ausgerechnet in den Bildern aus dem Blick gerät.«

V. Zeltstadt im Irak

Vielen Hilfsorganisationen gilt die Komplexität des Geschehens, das sich rund um Katastrophen und Krisen ereignet, als ein undurchsichtiges Gestrüpp aus Politik und Machtinteressen, in das man sich besser gar nicht erst hineinbegeben sollte. Statt sich der politischen Implikationen des eigenen Handelns zu versichern, pochen viele Helfer darauf, eine vom Politischen getrennte, reine humanitäre Hilfe leisten zu können. Ich halte die Vorstellung einer solchen Neutralität für eine gefährliche Illusion. Hilfe, auch die scheinbar unpolitische, mischt sich immer in bestehende Macht- und Kräfteverhältnisse ein.

Die Konsequenzen aber, die aus der Entpolitisierung des Humanitären folgen, sind erheblich. Wenn Hilfe nicht mehr im Kontext gesellschaftlicher Verantwortung und – daraus abgeleitet – bürgerrechtlicher Ansprüche gesehen wird, sondern alleine ihre moralische

Seite zählt, dann wird Hilfe – wie übrigens auch der Appell zum Schutz der Menschenrechte – anfällig für vielfältige Instrumentalisierungen.

Denn auch die politisch und wirtschaftlich Mächtigen, die für das Elend und die Ausgrenzung von Menschen verantwortlich sind, bedienen sich längst humanitärer Argumentationen und rechtfertigten ja selbst noch den völkerrechtlich verbotenen Präventivkrieg mit dem Verweis auf einen freilich abstrakten, von keiner Bürgerschaft mehr einzulösen den Menschenrechtsbegriff. »Die Trennung zwischen Humanitärem und Politischem, die wir heute erleben«, schreibt Giorgio Agamben in seinem Buch *Homo Sacer*, »ist die extremste Phase der Entfernung zwischen den Menschenrechten und den Bürgerrechten. Letztlich können die humanitären Organisationen, die heute mehr und mehr zu den übernationalen Organen aufrücken, das menschliche Leben nur noch in der Figur des nackten Lebens erfassen und unterhalten deshalb gegen ihre Absicht eine geheime Solidarität mit den Kräften, die sie bekämpfen sollten.« Der vom Politischen abgegrenzte Humanitarismus kann die Ausgrenzung von Menschen, wie sie sich tagtäglich und millionenfach in brasilianischen Favelas oder afrikanischen Flüchtlingslagern ereignet, nur abfedern – und damit wiederholen. Wenn Hilfe auf die Sicherung des nackten Überlebens begrenzt wird, resultiert daraus eine Art Elendsverwaltung, die nichts mehr ändert, aber umso mehr den prekären Status quo stabilisiert, der in der Welt herrscht.

Erinnern Sie sich noch an die Bilder der Lager, die im Vorfeld des Irak-Krieges entlang der jordanischen Grenze aufgebaut wurden, um jene Flüchtlinge aufnehmen zu können, die erwartet, von so mancher Hilfsorganisation zur Dramatisierung des Geschehens auch herbeigeredet wurden? Die Flüchtlingswelle ist dann – wie übrigens auch der blutige Straßenkampf um Bagdad – ausgeblieben.

Die leer gebliebenen Zelte verweisen übrigens nicht auf Fehlplanungen, sondern belegen nur, wie weit die Arbeit von

Hilfsorganisationen schon zu einem Teil sicherheitspolitischer Überlegungen geworden ist. Indem sie dafür sorgen, die sogenannten Kollateralschäden möglichst gering zu halten, erhöhen sie die öffentliche Akzeptanz von Kriegen als ein probates Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele.

Aufschlussreich ist auch die Art, wie heutzutage Flüchtlingslager errichtet werden: Genormte Unterkünfte, schnurgerade aufgereiht, leicht militärisch zu kontrollieren, funktional, effizient. Die Idee eines menschenwürdigen Lebens spielt in den Plänen des internationalen Shelter-Baus, ob im Kontext von Naturkatastrophen oder von militärisch kontrollierten Umsiedlungen, keine Rolle mehr. Die Umsiedlungsdörfer, die für die Opfer der Tsunami-Katastrophe in Indonesien aufgebaut wurden, gleichen auf frappierende Weise den strategischen Wehrdörfern, die Militärs in allen Bürgerkriegssituationen errichtet haben. Auch die von Otto Schily vorgeschlagenen Auffanglager für afrikanische Migranten, die entlang der nordafrikanischen Küste entstehen sollen, werden, so sie zustande kommen, nicht anders aussehen. Nur: In ihrem Namen könnte es ein wenig Kosmetik geben. Sie sollen nun – wie es heißt – »Begrüßungszentren« heißen.

VI. Muss Hilfe soweit gehen?

»Muss Hilfe soweit gehen?« titelte Anfang des Jahres die Bild-Zeitung, doch sah sie ihre Frage keineswegs im Kontext der Indienstnahme von Hilfe für sicherheitspolitische Zwecke. Ganz im Gegenteil! Das Unverständnis der Blattmacher traf nicht die Tatsache, dass da ein von den Aufräumarbeiten sichtlich erschöpfter Soldat eine Massage erhielt, sondern dass es ein Thai war, den die junge Schwedin massierte. So haben wir schließlich nicht gewettet! Thai-Massagen für deutsche Männer sind okay, aber Schwedenmassagen für Thai-Männer?

In den Katastrophenregionen Südasiens stehen sich heute die Hilfsorganisationen gegenseitig auf den Füßen. Viele

sind noch immer auf der Suche nach geeigneten Projekten, um Spendengelder loszuwerden. Nicht dass es nicht Bedarf für Unterstützung von außen gäbe, doch korrespondiert das, was die Menschen vor Ort brauchen, nicht unbedingt mit den Erwartungen der heimischen Spender.

Viele Organisationen wollen vor allem Schulen und Waisenhäuser aufbauen, weil das bei den Spendern im fernen Ausland am besten ankommt. Die Zahl der zerstörten Schulen reicht aber einfach nicht aus, um allen hilfsbereiten Organisationen entsprechen zu können. Längst geht unter Srilankern der böse Satz um, man müsse wohl noch ein paar der überlebenden Eltern umbringen, um genügend Waisen zu haben.

Nicht zuletzt aufgrund des Mittelabflusses, unter dem so manche Hilfsorganisation leidet, droht ein Draufloshefen, das mehr von der in der deutschen Ausgabenordnung festgelegten zeitnahen Verwendung von Spenden bestimmt wird, als dass es den langwierigen Prozessen eines von den Betroffenen selbst getragenen Wiederaufbaus gerecht werden könnte. Der Druck, möglichst rasch umfangreiche Mittel umzusetzen, hat bereits dazu geführt, dass möglichst teure Projekte gefahren werden. Statt lokale Fachkräfte zu beschäftigen, wird eigenes Personal entsandt, statt für die Sicherstellung eines Basisgesundheitsdienstes zu sorgen, sind vorzeigbare spezialisierte Krankenhäuser in Planung. Schon in der unmittelbaren Notsituation wollten die ausländischen Hilfsorganisationen lieber eine nach außen sichtbare Hilfe leisten, als beispielsweise lokalen NGOs die Kosten eines Mobiltelefons zu finanzieren, obwohl letzteres für die Koordination einer von den lokalen Gesundheitsinitiativen selbst getragenen Hilfe unverzichtbar ist.

Es ist höchste Zeit, das helfende Handeln wieder an den Interessen und Ansprüchen der Betroffenen selbst auszurichten. Voraussetzung dafür ist die Beseitigung der Mythen, die sich um die Idee der Hilfe ranken.

Es stimmt einfach nicht, dass die Opfer von Katastrophen völlig hilflos und unfähig zu eigenen Wiederaufbaumühnungen sind. Auch ist es ein Irrglaube, dass es vor Ort an allem fehlt und nur die rasche Bereitstellung aller verfügbaren Hilfsgüter eine schnelle Wiederherstellung möglich macht.

Solche Mythen, die nicht zuletzt aus Publicity und Spenden-Gründen gepflegt werden, mobilisieren zwar die öffentliche Hilfsbereitschaft, führen aber oftmals zu völlig unangepassten Hilfeleistungen: Kartons mit zerschlissener Kleidung, abgelaufenen Medikamenten, Hundefutter für Hungernde, Raucherentwöhnungsdrops, Spaghetti-Sauce, Abmagerungsmittel, in Schweinefett gebackene Kekse etc. etc.

Gemeinsam mit Experten der WHO warnen seriöse Hilfsorganisationen vor einem zu schnellen Handeln. Oftmals ist es besser, so lange abzuwarten, bis die am Katastrophenort tatsächlich herrschende Bedarfslage klar zutage tritt. Davon aber ist die Wirklichkeit der Hilfe weit entfernt. Statt zunächst gemeinsam mit den Betroffenen zu planen, gibt es einen regelrechten »run« auf das Krisengebiet, um möglichst als erster vor Ort zu sein, weil das natürlich die Chance erhöht, in die Medien zu kommen.

Gegen diese Auswüchse von Hilfe ist immer wieder angeschrieben worden. Bleibt zu fragen, warum sich all die Mythen so hartnäckig halten. Wenigstens drei Gründe will ich nennen.

Da ist einerseits die Tatsache, dass Hilfe mehr und mehr von wirtschaftlichen Interessen durchsetzt und so zwangsläufig zu einem Selbstzweck wird. Von »untying aid« ist heute beispielsweise in der Brüsseler EU-Bürokratie die Rede, womit die Liberalisierung der Hilfsmärkte gemeint ist, um sie für profitorientierte Wirtschaftsunternehmen zu öffnen. Tatsächlich sind bereits Vorboten eines »Humanitär-Industriellen-Komplexes« auszumachen, der eigene Waren-Messen unterhält, wie die alljährlich stattfindende »world trade and aid«, auf der neben Nahrungsmitteln, Rettungsbooten und Zelten auch

Millitär- und Sicherheitstechnik, Leichensäcke, Gasmasken und andere Dienstleistungen angeboten werden.

Zweitens sind da die immer prekärer werdenden Vorgaben der Mediengesellschaft. Nur wer selbst in Bild und Ton sichtbar wird, wirkt in der Medienöffentlichkeit überzeugend. Ein entsandter Arzt, der mit T-Shirt, Fahne und ein-drucksvollem Auto ausgestattet wird, ist natürlich in viel stärkerem Maße »visible« als die lokalen Mitarbeiter von Partnerorganisationen, die sich womöglich kaum von der Masse der Opfer unterscheiden.

Und da ist schließlich eine noch immer existierende paternalistische Grundhaltung, die den Mythos von der Hilflosigkeit der Opfer antreibt und auch das permanente Eingreifen in deren Belange legitimiert.

Jean Paul Sartre sprach in diesem Zusammenhang von einem »rassistischen Humanismus«, der daraus resultiert, dass das Elend der Welt nicht mehr vor dem Hintergrund der eigenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Dominanz verstanden wird, sondern allein als Problem des Südens. Aus solcher Perspektive erscheint die Lösung dann tatsächlich in der »humanistischen Aktion« zu liegen, – der wohlmeinenden Hilfe für die armen Menschen im Süden, die leiden, weil sie eben so sind, wie sie sind. »Rückständige Monster«, wie Sartre im Vorwort zu Frantz Fanons Buch *Die Verdammten dieser Erde* geschrieben hat. Die Welt aber, das wissen wir, leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe erforderlich machen.

VII. Anschubhilfe für die UN

Da Beistand in einem empathischen Sinne immer zielgerichtet ist und die nachhaltige Überwindung von Not und

Abhängigkeit anstrebt, bedarf Hilfe immer auch einer gesellschaftspolitischen Idee. Für viele Hilfsorganisationen sind das die globalen Menschenrechte, wohlwissend, dass es in der praktischen Arbeit darum gehen muss, die Menschenrechte sowohl materiell zu fundieren als auch dafür zu sorgen, dass sie einen institutionell gefassten bürgerrechtlichen Rahmen bekommen. Von letzterem sind die globalen Verhältnisse noch weit entfernt. Aber es gibt immerhin erste Erfahrungen, aus denen zu lernen wäre. Beispielsweise die Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen, die sowohl im Ergebnis als auch in ihrer Struktur interessante Schritte auf dem Weg zu einer in globale Solidarität eingebundenen Hilfe gehen konnte.

Der Erfolg der Kampagne liegt vielleicht am wenigsten darin, ein Verbot von Anti-Personenminen angestoßen zu haben. Erfolgreich ist sie in einem viel allgemeineren Sinne gewesen. Sie hat es vermocht, über alle Grenzen hinweg eine internationale Öffentlichkeit zu erzeugen, die nicht nur kritisches Unbehagen zum Ausdruck brachte, sondern schließlich rechtlich bindende Entscheidungen erzwingen konnte. Erstmals in der Geschichte wurde ein Waffenverbot auf Druck der Öffentlichkeit durchgesetzt, erstmals wurde internationales Recht unter aktiver Beteiligung eines Netzwerkes von NGOs geschrieben und erstmals gelang es, ein Waffenverbot um humanitäre Verpflichtungen zu erweitern. Die Mitgliedsstaaten des Ottawa-Vertrages haben sich nicht nur zum Verzicht auf Anti-Personenminen verpflichtet, sondern auch dazu, den Opfern von Minen weitreichende Hilfen zukommen zu lassen.

Weder unverbindlicher »goodwill« noch Paternalismus leiten eine solche Hilfe, sondern sie ist eingebunden in eine neu gesetzte globale Norm, die zwar außerhalb der Vereinten Nationen verhandelt

wurde, aber nun vom Generalsekretär der Vereinten Nationen überwacht wird. Derart hat der öffentliche Druck, den die Minenkampagne entfalten konnte, tatsächlich eine Art Anschubhilfe für die UN geleistet, die aufgrund der internen Blockadepolitik einiger mächtiger Staaten aus sich heraus keine Lösung gefunden hätte.

Was die NGOs, die in der Minenkampagne mitwirken, eint – einige ihrer Vertreter sind ja hier –, ist eine gemeinsame politische Agenda und nicht einseitige Abhängigkeit oder Vereinheitlichung. Selbstverständlich schließen sich unter solchen Umständen Solidarität und Hilfe nicht aus. Die Hilfe aber, die wir leisten, ist eingebunden in einen Kontext und verfolgt eine politische Vision, die wir mit anderen teilen. Sie wird legitimiert über die Partner, die nicht »Mittel« der eigenen Rettung sind, nicht gepflegte Opfer, sondern Mitstreiter im Kampf um eine andere Welt.

Es ist der transnationale Raum, in dem sich Solidarität heute neu herausbilden muss. Eine Solidarität, die getragen wird von global tätigen Netzwerken, in denen eine Vielzahl von sozialen Projekten, Basisinitiativen, NGOs, kritischen Intellektuellen und Verbänden zusammenschlossen sind, um für gemeinsame politische Ziele einzutreten und dabei gemeinsame Strategien zu verfolgen. Nur einer solchen Gegenmacht wird es gelingen, für die Demokratisierung der weltgesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne Walter Benjamins zu sorgen: nämlich als der Griff der Weltgesellschaft nach der Notbremse.

Thomas Gebauer ist Geschäftsführer von medico international

Die Tsunami-Katastrophe neu definieren

Einige Unterlassungssünden in der globalen Reaktion auf das Seebeben

Von Satya Sivaraman

Die asiatische Tsunami-Katastrophe ist häufig als die größte Naturkatastrophe in der jüngsten Geschichte beschrieben worden. Gemessen an den Zahlen – 225.000 Tote, eine Million Vertriebene und Verarmte und 12 Länder, die von dem Unglück betroffen waren – ist diese Beschreibung zutreffend.

Und trotzdem, nach all den herzzerreißenden Szenen, den erschütternden Grafiken über Todeszahlen und Zerstörung und in meiner Trauer bin ich nach wie vor nicht in der Lage zu sagen, wie denn die Kategorie der »Katastrophe« zu definieren ist. Wird sie durch die Zahl der Toten bestimmt? Oder durch die Art, wie Menschen zu Tode kommen oder leiden? Durch die Identität der betroffenen Menschen?

Der Tsunami hat viele Gewissheiten hinfällig werden lassen, die viele Menschen über viele Dinge teilten. So hat er bei den traumatisierten Fischern die Vorstellung entkräftet, nach der das Meer die Quelle allen Lebens ist. Bei uns allen hat er die eitle Vorstellung lächerlich werden lassen, die Herren von Mutter Erde zu sein und die Elemente durch Wissenschaft und Technik unter unsere Kontrolle gebracht zu haben. Bei mir selbst hat er, ich sagte es bereits, schon die Idee der Katastrophe fraglich werden lassen. Das führt mich dazu, neu zu bestimmen, was es mit Mitgefühl und Solidarität eigentlich auf sich hat. Dabei geht es nicht um einen belanglosen Streit um Worte, sondern dahinter steckt die ernste Frage, ob, wie und wann die Welt fähig wird, Empathie und Solidarität mit Nachbarn rund um den Globus zu zeigen – und wann nicht. Ich möchte dazu ein sehr persönliches Beispiel anführen. An dem Tag, als das Seebeben die Küste von Tamil Nadu

verwüstete, befand ich mich in einem Krankenhaus in Chennai, wo mein 2 Jahre älterer Bruder auf der Intensivstation lag und in höchster Lebensgefahr schwebte. Als ich vom Tsunami erfuhr, fand ich mich in einer emotionalen Falle: Ich stand vor der Wahl, mich mit dem möglichen Tod meines Bruders auseinanderzusetzen oder mit dem wahrscheinlichen Tod von Abertausenden Menschen, die ich leider nie habe kennenlernen können.

An diesem Morgen, nach Jahren des politischen Aktivismus für die »leidenden Massen«, verstand ich plötzlich, dass wir ernsthaft nur um die trauern können, deren Gesichter wir kennen, deren Namen wir wissen und mit denen wir gemeinsame Momente erlebt haben. Natürlich kann ich mir den Schrecken, das Leiden und die Trauer derer vorstellen, die ihre Angehörigen im Tsunami verloren haben. Aber ich kann deren Gefühle nicht mit den Gefühlen vergleichen, die ich ob des Leids oder Todes von jemandem empfinde, den ich persönlich kenne.

Noch schlimmer, ich hätte die vielen tausend Menschen, die auf der indonesischen Insel Aceh ums Leben kamen, nicht nur nicht gekannt, ich hätte nicht einmal etwas von ihrer Existenz gewusst, hätte es nicht den Tsunami gegeben. Erst in ihrem grauenhaften Tod und weil sie deshalb auf unseren Bildschirmen erschienen, wurde mir und vielen anderen ihre Existenz überhaupt erst bewusst.

Man kann eine Katastrophe nicht nach der Zahl der Opfer definieren. Die einfache Wahrheit besteht darin, dass jedes Individuum ein ganzes, einzigartiges Universum darstellt und dass mit

seinem Tod ein ganzes Universum verschwindet.

Dieses Herangehen verneint nicht die Notwendigkeit, Menschen, die in Not geraten sind, auch und gerade dann zu helfen, wenn wir sie nicht kennen. Aber es bedeutet, dass wir mehr über die Situation wissen müssen und uns auf die Individuen einlassen müssen.

Nur dann wird unsere Solidarität wirklich einen Unterschied machen und nicht nur ein karitativer Akt sein. Eine Alibi-Handlung in einer Welt, in der die Menschen teure Uhren tragen, aber keine Zeit für niemanden haben. Solidarität ist eine gute Idee, aber sie ist auf eine Menge persönlicher Einsatzbereitschaft angewiesen. Und es geht dabei um mehr als um Geld und materielle Güter.

Die fehlende Achtsamkeit auf die Individuen ist allerdings nur eines der Probleme, wenn man sich die Reaktion der Welt, der Regierungen und der Hilfsorganisationen anschaut. Es gibt noch viele andere.

Den asiatischen Tsunami im Kontext betrachten: Ganz offensichtlich ist bei der Beurteilung der internationalen Reaktion auf den Tsunami das komplette Fehlen von Kontextualisierung. Mein Eindruck ist, dass die internationale Gemeinschaft absichtlich äußerst wichtige Faktoren übersehen hat, die die Situation in den betroffenen Regionen beeinflussen: angefangen vom Konflikt in Aceh bis zur Finanzkraft und Vormachtstellung der Reiseveranstalter in Phuket und den sozioökonomischen Problemen der Überlebenden in Sri Lanka und Indien, die bereits vor der Katastrophe vorhanden waren.

Die Verantwortung auf lokaler Ebene:

Die lokalen Eliten tragen zuallererst die Verantwortung für alles, was mit den vom Tsunami betroffenen Menschen geschieht. Sicher kann die internationale Gemeinschaft eine positive Rolle zur Unterstützung der Menschen spielen. Es gibt jedoch wenig Hoffnung für künftige Katastrophenprävention und -schutz (Tsunami-Frühwarnsystem hin oder her), wenn sich nicht tiefgreifende Veränderungen in der Organisation und Funktion der betroffenen Gesellschaften vollziehen.

In diesem Sinn muss eines der wichtigsten langfristigen Rehabilitations-Ziele darin bestehen, Traditionen und Institutionen aufzubauen, die mit Katastrophen aller Art kontinuierlich umgehen können.

Die Gruppe der Betroffenen neu definieren:

Alle Medien und leider auch die Regierungen und NGOs betrachten als »Tsunami-Überlebende« nur die, die an dem Schicksalstag direkt mit dem Salzwasser in Berührung kamen. Alle anderen, höchst vulnerable Gruppen, die im selben Kontext leben, werden als irrelevant betrachtet. So wurden viele armen Gemeinden in der Küstenregion von Tamil Nadu, die

sehr niedrige Entwicklungsindikatoren haben, oder viele tausend Bürgerkriegsflüchtlinge aus Sri Lanka, denen selbst das Wichtigste zum Überleben fehlt, bei der Verteilung von Hilfsgütern vollständig außer Acht gelassen.

Die Verbindung zu anderen Katastrophen herstellen:

Es ist schon seltsam, dass die Hilfs- und Rehabilitationsbemühungen in den Tsunami-betroffenen Gegenden nahezu ohne jeden Bezug auf andere Unglücksfälle unternommen wurden, die sich in den letzten Jahren ereignet haben. Ob es sich um die Erdbeben in der Türkei und im Iran oder um den Hurrikan Mitch handelt: Es gibt eine Vielzahl von Erfahrungen mit dem, was getan werden muss und nicht getan werden darf, von denen diejenigen profitieren können, die jetzt in Indien, Indonesien, Sri Lanka oder Thailand tätig sind. Desgleichen fehlen Verbindungen zwischen den Rehabilitationsprogrammen der Tsunami-betroffenen Länder. Niemand an der indischen Küste weiß, was an den Küsten Thailands oder Indonesiens geschieht. Ein solcher Mangel an Wissen und Kenntnis ist in unserem sogenannten Informationszeitalter geradezu schockierend. Überlebende und Opfer zu Lehrern machen: Auffallend ist die Tatsache,

dass viele Regierungen und Hilfsorganisationen die betroffene Bevölkerung als vollkommen hilflos betrachten, sie nur als Menschen wahrnehmen, denen man Hilfe, Rehabilitation, Beratung und vieles mehr bringen muss. Sehr wenig Aufmerksamkeit hat man dagegen den Fertigkeiten der Menschen in den betroffenen Gemeinden, ihren menschlichen Ressourcen zugewandt. Es gibt keine Programme die helfen, die Gemeinden zu konsolidieren und ihre traditionellen Fähigkeiten zu nutzen und zu verbessern, um sich selbst zu ernähren. Es ist wirklich an der Zeit, dass die Welt mit ihrer paternalistischen Attitüde gegenüber den Betroffenen Schluss macht. Sie sollte bescheidener werden und realisieren, dass diejenigen, die diese Katastrophe überlebten, nicht nur der Hilfe bedürfen, sondern dass man von ihnen auch etwas lernen kann.

Satya Sivaraman ist indischer Journalist, Autor und Filmemacher. Er ist Medienberater des People's Health Movement und Mitarbeiter des von medico geförderten Tsunami Response Watch <http://www.indiadisasters.org/tsunami/>. Zur Zeit arbeitet er an einer Serie von Kurzfilmen, in denen die Geschichte einer überlebenden Familie begleitet wird.

Hilfe, Solidarität, internationales Recht

Solidarisches Handeln als Möglichkeitsbedingung weltbürgerschaftlicher Demokratie

Von Hauke Brunkhorst

I. Hilfe – Solidarität.

Hilfe ist eine Kategorie elementarer Vergesellschaftung, die heute ins Private abgedrängt und dort, wo sie erforderlich und legitim ist, öffentlich und professionell organisiert wird. Für solche Hilfe kann man dankbar sein und sich über das besondere Engagement des Arztes freuen, aber man schuldet weder dem bezahlten Helfer noch dem akademisch geschulten Arzt oder Rechtsanwalt noch gar der Organisation Dank. Wo das der Fall war, konstituierte Hilfe feudale Abhängigkeitsverhältnisse. Wer sich dagegen heute beim Lehrer seiner Kinder mit großzügigen Geschenken bedankt, muss den Vorwurf der Bestechung fürchten.

Organisierte Hilfe ist eng mit dem Begriff der Solidarität verbunden. In der Soziologie der Professionen betont man die Wechselseitigkeit des Verhältnisses von Arzt und Patient, Anwalt und Klient und spricht sogar von »Arbeitsbündnissen« (Oevermann). Wenn überhaupt noch von Hilfe die Rede ist, wird zumeist nicht von Hilflosigkeit als Status, sondern als Statuspassage gesprochen. Wer Kindern hilft, Englisch zu lernen, erzieht sie letztlich zur Autonomie, und der demokratische Gesetzgeber erlaubt nur solche Erziehung, die Erziehung zur Autonomie ist. Er organisiert sie in Kindergärten, Schulen und Universitäten. Jugendhilfe wird als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden, und selbst bei hoffungslosen Pflegefällen dominiert der Gedanke einer Autonomie, die dem Hilflosen zumindest contrafaktisch zugeschrieben wird. Um die Achtung der Autonomie der Betroffenen geht es schließlich noch in den quälenden Debatten um das An- und Abschalten der Beatmungsmaschinen. Die Beziehung zwischen helfenden

und hilfsbedürftigen Personen wird normativ als Beziehung zwischen freien und gleichen Personen definiert, und sie ist in der Regel – ob nun mit oder ohne Regierung, ob für, ob gegen Globalisierung – rechtlich und formal, rational und methodisch, technisch und administrativ organisierte Hilfe.

Beide Aspekte zusammen, die rechtliche, rationale und technische Organisation und die egalitäre Autonomie, legen es nahe, nicht mehr von Hilfe, sondern von Solidarität zu sprechen bzw. Hilfe als solidarische Aktion zu verstehen. Der Begriff der Solidarität stammt aus dem römischen Zivilrecht und ist – anders als Hilfe – von Haus aus ein Rechtsbegriff. Recht bindet Fremde bürgerschaftlich (*jus civilis*) aneinander, koordiniert heterogene Interessen (Schuldner und Gläubiger) und organisiert komplementäre Leistungen (Arzt und Patient). Im Begriff der Solidarität, der im Verlauf des 19. Jahrhunderts den noch christlich gefärbten Begriff der Brüderlichkeit aus der berühmten Formel der Französischen Revolution – *liberté, égalité, fraternité* – abgelöst hat, werden egalitäre Rechte mit demokratischer Selbstbestimmung zusammengeführt, und demokratische Selbstbestimmung ist in modernen Gesellschaften nur noch als demokratische Selbstorganisation einer Rechtsgenossenschaft denkbar – wie schon das Verfassungsrecht zeigt, das im Art. 20 Abs. 2 des Grundgesetzes gleich drei Organe benennt, durch die das Volk seine demokratische Selbstbestimmung in Gestalt der Staatsgewalt ausübt. Politische oder öffentliche Selbstbestimmung ist Selbstgesetzgebung, also von vornherein auf das Recht als sein Medium bezogen, und auch zur privaten Selbstbestimmung gehört konstitutiv die Möglichkeit,

Verträge zu schließen, Nachbarn zu verklagen, Beamte vor den Kadi zu zerren. Kurz: Solidarität ist die öffentlich-rechtliche Organisation bürgerschaftlicher Selbstbestimmung, und öffentlich geleistete Hilfe ist eine von vielen Formen organischer (oder organisierter) Solidarität. Insofern ist die als Solidarität verstandene organisierte Hilfe eine genuin demokratische Angelegenheit.

2. Moderne Gesellschaft – Globalisierung

Die moderne Gesellschaft ist eine europäische Erfindung. Die alteuropäische Gesellschaft war eine hierarchisch geschichtete oder stratifizierte Gesellschaft mit Zentrum und Spitze, in der das Ganze in seiner zeitlosen Perfektionsgestalt verkörpert war (Adel, König, Papst etc.). Anders die moderne Gesellschaft. Sie ist primär in Funktionsbereiche oder Funktionssysteme wie Wirtschaft, Politik, Familie, Recht, Kunst, Wissenschaft, Sport, Medizin usw. gegliedert, und keines dieser Systeme bildet das Zentrum des gesellschaftlichen Gravitationsfeldes, das alle anderen in seine Kreisbahn zwingen könnte. Kommt es zu Klassenbildung und sozialer Schichtung, so sind die neuartigen, nicht mehr ständisch gebundenen, sozialen Klassen, wie Marx immer noch unübertroffen gezeigt hat, als marktabhängige »Erwerbsklassen« (Weber) eine Folge funktionaler Differenzierung, und ebenso bilden sich die hochvariablen und immer flüchtiger werdenden Zentren und Spitzen der Gesellschaft nur noch in den Funktionssystemen und in Abhängigkeit von ihnen.

Aber die moderne Gesellschaft hat nicht nur das feste Zentrum und die eine und

unbezweifelbare Spitze verloren, sie ist heute auch keine europäische Gesellschaft mehr. Sie ist zur alternativlosen Weltgesellschaft geworden. Jede und jeder muss in ihr leben, muss im Guten wie im Bösen »absolut modern« (Rimbaud) sein, ohne sich dabei noch, wie seinerzeit Rimbaud, als »Avantgarde« vorkommen zu können. Im Zeitalter der Kolonien und des Imperialismus war es noch eine eurozentrische, westlich dominierte Gesellschaft, heute aber hat sich der Eurozentrismus durch Globalisierung des Westens vollständig dezentriert. Es gab Eurozentrismus, es gibt ihn nicht mehr. Alle Menschen leben heute in derselben Gesellschaft, die seit dem 16., 17. Jahrhundert zuerst und mit schrecklichen Folgen für die übrige Welt in Europa entstanden ist. Alle Menschen sind – spätestens seit der Vernichtung der letzten Hauswirtschaften im vergangenen Jahrhundert – von individuellen Bildungskarrieren und individuellem Markterfolg abhängig – auch wenn die sozialen Bedingungen in den verschiedenen Weltregionen höchst ungleich sind. Und alle Menschen sind – auch wenn die lokalen Kulturen unterschiedlicher nicht sein könnten – durch dieselbe globale Kultur konstituiert. Sie sind:

1. als individuelle Personen mit gleichen Rechten ausgestattet. Sie leben
2. in modernen Staaten mit Bildungs- und Umweltministerien, Fortschrittsideologie und Egalitätspathos, Demokratieanspruch, Verfassungstexten, internationaler Vernetzung und globaler Kooperation und überall herrscht eine mehr oder minder tiefe Kluft zwischen programmatischen Reden und tatsächlicher Praxis. Sie sind schließlich
3. in der Regel freiwillig in nationalen und internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen organisiert. Diese Organisation ist die Basis demokratischer Solidarität.

Den menschlichen Individuen werden Menschen- und sogar Weltbürgerrechte zugesprochen und die Weltöffentlichkeit bringt die wichtigsten Themen, Agen-

den, Diskurse und Proteste der internationalen und der nationalen Öffentlichkeiten hervor. Ohne diese seit Ende des Zweiten Weltkriegs konstitutive Leistung der Weltöffentlichkeit (konstitutiv vor allem für die nationalen Öffentlichkeiten) wären weder die plötzliche und überraschende Prominenz ausgerechnet des Papstes, noch die erdrückende Vorherrschaft der neoliberalen Episteme, noch die globale Protestbewegung gegen den Irak-Krieg zu erklären.

3. Probleme – Krisen

Trotzdem ist weder die bestehende Weltöffentlichkeit, noch das System der heute erstmals als »hard law« wirksamen Menschenrechte, noch der täglich wachsende und selbst durch massive Rechtsbrüche wie den Irak-Krieg eher noch gesteigerte Einfluss der Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (einschließlich der UNO), noch das inzwischen überall und flächendeckend etablierte Staatensystem imstande, die beiden Fundamentalprobleme der modernen Gesellschaft zu lösen. Dabei handelt es sich

1. um die Desozialisierung und Zwangsindividualisierung der gesamten Weltbevölkerung,
2. um die soziale Exklusion riesiger Populationen und ganzer Weltregionen vom Zugang zu nahezu allen Funktionssystemen.

Es waren diese beiden Probleme, die Europa seit dem 16. Jahrhundert in religiöse Bürgerkriege und soziale Klassenkämpfe gestürzt haben. Europa, aber auch Nordamerika haben sie durch Verfassungsrevolutionen und Demokratie halbwegs gelöst. Die Institutionalisierung individueller Rechte hat die Religionsfreiheit etabliert und einen öffentlichen Raum geschaffen, in dem sich freie Assoziationen und solidarische Genossenschaften bilden und unfreie in freie umwandeln konnten. Diese neuen, modernen Assoziationen haben nicht nur den Verlust gemeinschaftlicher Bindung an Klasse, Stand und Religion weitgehend kompensiert,

sondern darüber hinaus den Individualismus durch gesellschaftliche Anerkennung und mythische Verherrlichung gleichzeitig radikalisiert und resozialisiert (»institutionalisierter Individualismus«, Talcott Parsons). Und die Verwirklichung der Demokratie in der sozial inklusiven Massendemokratie des 20. Jahrhunderts hat dem Kapitalismus und dem elitär-bürgerlichen Bildungssystem soviel Egalitarismus gesetzlich aufgenötigt, wie erforderlich war, um wenigstens die ärgsten Ungleichverteilungen und Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die von der kapitalistischen Wirtschaft und der spontanen Kopplung von schulischer Leistungsselektion und Klassenherrschaft erzeugt werden.

Beide Probleme, die Europa in der frühen Neuzeit und im 19. und 20. Jahrhundert in Krieg und Verderben gestürzt haben, die Desozialisierung der Individuen zu »einsamen Massen« (Riesman) und die soziale Exklusion riesiger Bevölkerungssegmente, sind in Folge der Globalisierung und der Transformation der westlichen Gesellschaft in eine alternative Weltgesellschaft auf globalem Niveau wiedergekehrt. Die Desozialisierung treibt den religiösen Fundamentalismus ebenso in totalitäre Herrschaft, Terror, Krieg und Bürgerkrieg wie einst in Europa die protestantischen Sekten. Vielleicht birgt der islamische Fundamentalismus in seiner ungeheuren Vielfalt ja ebenso viele produktive Potenziale wie einst der Protestantismus. Aber ohne eine wirksame und inner-, zwischen- wie überstaatlich demokratisch legitimierte Verfassung der Staatenwelt, der Weltregionen und der globalen Politik- und Rechtssysteme wird er – nicht anders als seiner Zeit der Protestantismus – nur den selbstdestruktiven »clash of civilizations« (Huntington) zu immer neuem Terror und Gegenterror antreiben, auf beiden Seiten, im Osten wie im Westen der globalen Zivilisation.

Aber auch das andere Problem Europas, das in der höchst ungleichen Verteilung des produzierten Reichtums seine Ursache hat, ist heute in Gestalt der sozialen Exklusion überschüssiger, fast auf ihr körperliches Dasein reduzierter Bevölkerungssegmente und

verwahrloster Regionen auf erweiterter Stufenleiter wiedergekehrt. Das Problem der »surplus populations« in den Peripherien der Weltgesellschaft außerhalb und innerhalb ihrer reichen Regionen und Städte ist viel dramatischer als das der europäischen und amerikanischen Arbeiterklasse des 19. und 20. Jahrhunderts, denn die Überschussbevölkerung wird noch nicht einmal ausgebeutet und Verwertungsimperativen unterworfen: Solche könnten sie nur dann erfüllen, wenn sie genug Lebensmittel, Erziehung, Kultur, Umwelt hätten, um wenigstens ihre Arbeitskraft reproduzieren zu können.

4. Verfassungsprobleme – Verfassungskämpfe

Die Weltgesellschaft hat heute eine Vielzahl von Verfassungen. Es gibt ein dicht vernetztes globales Rechtssystem ohne, neben und sogar über den Staaten. Es gibt global verbreitete, nationalstaatliche Verfassungen, die in vielen Weltregionen rechtsstaatlich wirksam und (noch) halbwegs demokratisch legitimiert sind, in anderen Regionen aber nur auf dem Papier stehen und weitgehend die (nicht ganz wirkungslose) Funktion symbolischen Rechts haben. Es gibt Regionalverfassungen mit überstaatlichen Organgewalten wie in der Europäischen Union und es gibt globale Verfassungsregimes, die für das Völker- und Menschenrecht (UNO-Sicherheitsrat, Haager Gerichte), für die Regulierung (und die regulierte Deregulierung) der Weltwirtschaft (WTO mit ihren *Dispute Settlement Bodies*), für die rechtlich zunächst unverbindliche, aber trotzdem erstaunlich wirksame Regulierung von Arbeitsnormen (ILO) und Weltgesundheitsstandards (WHO) usw. zuständig sind.

Die globalen ebenso wie die regionalen inter-, trans- und supranationalen Verfassungsregimes leiden jedoch an einem grundlegenden Widerspruch. Sie sind zwar nominell alle auf Demokratie und die demokratische Legitimation nicht nur des nationalen und staatlichen, sondern auch des internationalen und überstaatlichen Rechts eingeschwo-

ren und schreiben sie (wie der Art. 6 Abs. 2 des Maastricht-Vertrags der EU) den eigenen Organgewalten auch vor, und sie begründen ein eindrucksvolles Regime egalitärer Weltbürgerrechte mit mindestens partieller Völkerrechtssubjektivität für individuelle Akteure, Staaten und Organisationen (einschließlich der NGO's). Schaut man sich aber die Texte der verfassungsartigen Verträge und Chartas und (vor allem) die Praktiken ihrer Umsetzung genauer an, so erkennt man schnell, dass subjektive Rechte zwar relativ fest und im Kernbereich als wirksames hard law institutionalisiert sind. Aber die Organisationsnormen, die auch in den Staatsverfassungen deshalb viel wichtiger sind als die volltönenden Rechteerklärungen, weil nur sie eine demokratisch-egalitäre Ausgestaltung und Umsetzung dieser Rechte gewährleisten können, sind im inter- und ibernationalen Verfassungsrecht (anders als im Grundgesetz) zu meist sehr allgemein, flexibel und biegsam und privilegieren oft schon im Wortlaut bestimmte Hegemonialmächte (wie in der Weltwirtschaftsverfassung oder in der UN-Charta).

Im strukturellen Widerspruch zwischen egalitären Rechten und undemokratischen Organisationsnormen spiegeln die globalen und regionalen Verfassungsregimes einschließlich der EU-Verfassung nicht nur die kaum noch beherrschbare Komplexität globaler Organisationsprobleme, mit der wir leben müssen, sondern auch die änderbare Hegemonie bestehender Herrschaftsverhältnisse.

5. Irrwege – Auswege

Wenn als Lösung des Grundwiderspruchs der globalen Verfassungsregimes nur die Schaffung einer demokratischen Weltrepublik in Frage käme, könnten wir das Projekt einer Demokratisierung des globalen Konstitutionalismus vergessen und gleich nach etwas anderem Ausschau halten als der Demokratie. Eine globale Basisdemokratie, von der attac träumt, wird es so wenig geben wie eine auch nur halbwegs vollständige Unterwerfung der Weltgesell-

schaft unter das Regime eines parlamentarischen Bundesstaats mit Weltverfassungsgericht oben drüber, von dem einige Philosophen träumen.

Die mögliche Lösung liegt vielmehr dort, wo sie schon die Demokraten, Republikaner und Aufklärer des 18. Jahrhunderts gesucht haben: in der Gewaltenteilung und der Gewaltengliederung des politischen Systems der Weltgesellschaft und in der Stärkung der schon bestehenden, schwachen Weltöffentlichkeit, die zumindest so stark werden müsste, dass sie wenigstens von Fall zu Fall diejenigen, die entscheiden, zur Beantwortung der Frage, in wessen Namen sie entscheiden, zwingen könnte.

Eine neue Gewalten- oder Arbeitsteilung hat sich mittlerweile zwischen Staaten und supranationalen Organisationen eingespielt. Dadurch ist ein komplexes Mehrebenensystem entstanden, in dem die supra- oder transnationalen Organisationen das Recht machen und die Staaten es mit ihren Gerichten, Verwaltungs- und Polizeibehörden um- und durchsetzen. In diesem System eines evolutionär neuartigen, globalen Föderalismus spielen die Staaten immer noch die wichtigste Rolle. Es funktioniert umso besser, je stärker und demokratischer die Staaten sind. Aber Föderalismus welcher Art auch immer ist noch lange keine demokratische Selbstbestimmung.

Gleichzeitig hat sich jedoch eine neue Gliederung der klassischen Organgewalten innerhalb des Netzwerks inter-, trans- und supranationaler Organisationen etabliert. Während beispielsweise die ILO nur Legislativfunktionen ausübt, erfüllen die *Dispute Settlement Bodies* der WTO Judikativfunktionen und der vom UN-System de facto unabhängige Sicherheitsrat ist auf Exekutivfunktionen spezialisiert. Auch die EU ist im wesentlichen auf die Gesetzgebung spezialisiert, kommt mit einem einzigen, aber ziemlich mächtigen Gericht aus und funktioniert praktisch ohne Verwaltung und ganz ohne Polizei und Militär. Dabei ist die »lückenlose demokratische Legitimationskette« (Böckenförde) unserer Staatsverfassungen (Art.

20 Abs. 2 und 3 GG) leider zerbrochen. Trotzdem bietet die untereinander weitgehend zusammenhanglose neue Gewaltgliederung Demokratisierungschancen, die sich unterhalb des hoffnungslos utopischen Niveaus einer direkt oder parlamentarisch demokratischen Weltrepublik erschließen. Es wäre zwar aussichtslos, die fragmentierten Organgewalten untereinander zu einer Weltverfassungsordnung zu vereinheitlichen. Aber vielleicht ist es ja »nur« erforderlich, die jeweiligen Spezialgewalten den für Legislativ-, Exekutiv- oder Judikativfunktionen üblichen Kriterien demokratischer Repräsentation zu unterwerfen. Das ist auch utopisch, aber nicht ganz so unrealistisch.

Ich will wenigstens exemplarisch andeuten, was ich meine: So müsste die ILO, wenn sie die Kriterien eines demokratisch legitimierten, internationalen Legislativorgans, in dem Staatenvertreter zusammen mit Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern mehrheitlich »soft law« im Bereich des Arbeitsrechts erzeugen, sicherstellen, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg als Repräsentanten des Arbeitslebens privilegierten Gewerkschafts- und Arbeitnehmerverbände heute immer noch für das globale System von Arbeit und Wirtschaft repräsentativ sind, oder – wie gelegentlich vorgeschlagen – nicht vielmehr durch NGO-Vertreter ersetzt bzw. ergänzt werden müssten. Dann schließt

sich natürlich gleich die Frage an, wer sie auswählt, wie die Repräsentativität der NGO's überprüft werden kann. Außerdem müssten, wenn es denn ein demokratisch organisiertes Legislativorgan sein soll, die Gliedstaaten wenigstens rechtsstaatlich funktionieren usw. Ähnliches gilt für die WTO. Hier käme es vor allem auf die demokratische Repräsentativität der gerichtsartigen Gebilde an. Sie dürften nicht nur Staaten, sondern müssten allen jeweils betroffenen Rechtssubjekten, Unternehmen und anderen Organisationen, Individuen und Regionalparlamenten usw. mit Klagerichten zugänglich sein, öffentlich tagen usw. Und so weiter von Organisation zu Organisation.

Immerhin ist die Existenz einer artikulationsfähigen und stabilen Weltöffentlichkeit ein Moment der Hoffnung. Zwar ist diese Weltöffentlichkeit gegenwärtig noch eine »schwache Öffentlichkeit« (Fraser) für eine wirklich demokratische Legitimation des »global law«, weil sie nur durch subjektive Rechte ohne jeden wirksamen Zugang zu egalitären Entscheidungskompetenzen »konstitutionalisiert« ist. Durch demokratische Reformen der fragmentierten Organgewalten könnte sie allerdings Zug um Zug stärker werden: Schon die noch ziemlich schwache Weltöffentlichkeit hat das Repräsentationsproblem seit dem Schlachtruf von Genua – »Ihr seid G8, wir sind 8 Billionen« – an die Spitze der

Agenda gesetzt. Es käme darauf an, den langsam abebbenden Schwung dieser Bewegung auf die vielen, sehr verschiedenen Repräsentationsprobleme des globalen Konstitutionalismus umzulenken, also zu spezialisieren. Ob das möglich ist, weiß ich nicht.

Aber ohne die egalitäre Mobilisierung der diffusen Macht des öffentlichen Lebens und Konflikte, die – wie kürzlich in Frankreich – alle Betroffenen existenziell berühren und gelegentlich die bestehenden Institutionen und Organisationen zur Disposition stellen, wird sich nichts bewegen. Die amerikanischen Oppositionellen, die vor gut zwei Jahren in San Francisco, dem Ort, an dem die UNO vor 60 Jahren gegründet und die weltweite Studentenbewegung vor 40 Jahren ausgelöst wurde, gegen den drohenden Irak-Krieg protestiert haben, haben die Zeichen der Zeit erkannt, als ihnen einfiel, die ebenso einheitsstiftende wie einfältige Parole »Make Love Not War!« durch die Streit organisierende Parole »Make Law Not War!« zu ersetzen.

Hauke Brunkhorst ist Soziologe und lehrt seit 1997 an der Universität Flensburg. Im Suhrkamp Verlag erschien von ihm: Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft (2002).